Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

A 099/2007 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/Grüne: Prüfung der Neuorganisation erstinstanzlicher Strafgerichtsbarkeit (04.07.2007)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Vor- und Nachteile der Konzentration der erstinstanzlichen Strafgerichtsbarkeit auf ein einziges kantonales Gericht aufzuzeigen. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob die Zahl der Amtsgerichte respektive erstinstanzlichen Zivilgerichte reduziert werden kann.

Begründung (04.07.2007): schriftlich.

Aufgrund der Neuorganisation der Staatsanwaltschaft ist bereits heute erkennbar, dass die Geschäftslast der erstinstanzlichen Strafgerichte momentan und auch künftig bedeutend kleiner ist respektive sein wird und gleichzeitig die Komplexität der amtsgerichtlich zu beurteilenden Sachverhalte immer mehr zunimmt. Zudem ist die Bevölkerung zunehmend besorgt über den Prozessverlauf von sogenannten «grossen Fällen». Wir regen daher die Prüfung eines einzigen erstinstanzlichen Strafgerichtes an. Der Regierungsrat soll aufzeigen, welche finanziellen, qualitativen und organisatorischen Vorteile eine solche Konzentration im Vergleich zur heutigen Situation und unter Berücksichtigung der abnehmenden Geschäftslast hat.

Gleichzeitig ist die Neuorganisation und Konzentration auf höchstens vier Gerichtskreise der erstinstanzlichen Zivilgerichte zu prüfen.

Die SO⁺-Massnahme Nr. 32 verlangt unter anderem eine Neustrukturierung der Amtsgerichte und eine Reduktion der Gerichtskreise auf höchstens 4. Die Prüfung dieser Massnahme soll nach Einführung und Konsolidierung von WoV erfolgen. Ab 2008 werden die Gerichte unter WoV gestellt. Es erscheint uns daher sinnvoll bereits heute mit der Prüfung neuer Organisationsmodellen zu beginnen, damit entsprechende Grundlagen für den Entscheidungsprozess rechtzeitig, das heisst möglichst rasch bereitstehen. Der Umstand, dass die heutigen Amtsgerichte auch in personeller Hinsicht in naher Zukunft wegen Pensionierungen von Amtsgerichtspräsidenten Neubesetzungen notwendig machen, ist ebenfalls Grund genug eine allfällige Neuorganisation rechtzeitig zu prüfen.

Unterschriften: 1. Urs Huber, 2. Martin Straumann, 3. Iris Schelbert-Widmer, Reiner Bernath, Marianne Kläy, Hans-Jörg Staub, Fatma Tekol, Clemens Ackermann, Trudy Küttel Zimmerli, Heinz Glauser, Andreas Ruf, Susanne Schaffner, Ruedi Heutschi, Ulrich Bucher, Manfred Baumann, Urs von Lerber, Christine Bigolin Ziörjen, Barbara Banga, Walter Schürch, Urs Wirth, Philipp Hadorn, Thomas Woodtli, Brigit Wyss, Stephanie Affolter. (24)